

Medienbeobachtung

17.12.2024

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Zeitarbeitsbranche fordert Gesetzesänderungen von künftiger Regierung**
16.12.2024 , APA-Basisdienst

APA-Basisdienst vom 16.12.2024

Zeitarbeitsbranche fordert Gesetzesänderungen von künftiger Regierung

Reform des Sozial- und Weiterbildungsfonds, befristete Arbeitsverträge und Gleichstellung bei Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Ausländer gefordert - Branche spürt Wirtschaftsabschwung

Arbeitsmarktdaten/Konjunktur/Arbeitsmarkt/Österreich/Österreichweit/Wirtschaft und Finanzen/
Volkswirtschaft/Arbeit/Politik

Utl.: Reform des Sozial- und Weiterbildungsfonds, befristete Arbeitsverträge und Gleichstellung bei Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Ausländer gefordert - Branche spürt Wirtschaftsabschwung =

Wien (APA) - Die heimische Zeitarbeitsbranche fordert von der künftigen Regierung Änderungen bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Neben einer Reform des Sozial- und Weiterbildungsfonds (SWF) wünschen sich die Personaldienstleister künftig auch befristete Arbeitsverträge abschließen zu können und die Gleichstellung bei der Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Ausländer. Die Leiharbeitsfirmen spüren den aktuellen Wirtschaftsabschwung und erwarten eine Erholung erst im Jahr 2026.

Der Sozial- und Weiterbildungsfonds (SWF) wird derzeit ausschließlich von den Zeitarbeitsunternehmen mit bis zu 11 Mio. Euro finanziert. Der Fonds mache "in der Abwicklung massive Probleme", kritisierte der Präsident des Branchenverbandes Österreichs Personaldienstleister, Martin Zieger, in einer Aussendung. Unter anderem würden "viele Schulungsunternehmen nicht mehr mit dem SWF zusammenarbeiten wollen" und das Wirtschaftsministerium sei bei der Finanzierung des Fonds ausgestiegen. Die Zeitarbeitsbranche fordert von der Politik, dass die von den Unternehmen direkt bezahlten Schulungen von den Beiträgen des SWF abgezogen werden können.

Zeitarbeitsfirmen spüren Wirtschaftsabschwung

Die heimischen Leiharbeitsfirmen spüren den wirtschaftlichen Abschwung: Im ersten Halbjahr 2024 wurden nach eigenen Angaben durchschnittlich knapp 77.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Wirtschaft überlassen. Im Jahr 2023 waren es noch rund 88.600 Menschen. "Das bedeutet einen Rückgang von über 15 Prozent zum Vorjahr. Wir erwarten für das Jahr 2024 einen Branchenumsatz von circa 3,1 Mrd. Euro", so der Verbandschef.

Die Zeitarbeitsfirmen orten aber "noch keine Erholung" bei den Unternehmen in Österreich. "Wir gehen davon aus, dass wir im nächsten Jahr durchschnittlich knapp über 75.000 Personen beschäftigen und etwas über 3 Mrd. Umsatz erzielen werden", erwartet Zieger. Eine wirtschaftliche Erholung erwarte man, "nach heutigem Wissensstand, erst wieder für das Jahr 2026".

cri/ivn

APA0182 2024-12-16/13:03

161303 Dez 24

Quelle	APA-Basisdienst
Typ	Agentur
Land	AT
Sprache	Deutsch